Schriftliche Abschlussprüfung Sommer 2017 der Berufsschulen und zuständigen Stelle(n)

Ausbildungsberuf Informatikkaufmann/-kauffrau (02/4)
IT-Systemkaufmann/-kauffrau

Prüfungsfach/-bereich Allgemeine Wirtschaftslehre/Wirtschafts- und Sozialkunde

Lösungsvorschläge sind im Wortlaut nicht bindend. Anderslautende, aber zutreffende Antworten sind ebenfalls als richtig zu werten.

Punkte

Aufgabe 1 Rechtsformen und Unternehmung

1.1 Zwei Gründe für die Umwandlung in eine Personengesellschaft: 2
- begrenzte Kapitalkraft als Einzelunternehmer
- Arbeitsteilung möglich

zwei Gründe gegen die Umwandlung in eine Personengesellschaft:
- keine alleinige Entscheidungsmacht
- den Gewinn kann er nicht für sich alleine beanspruchen

1.2.1 Formvorschriften: 2
Der Gesellschaftsvertrag unterliegt keiner besonderen Form.
Werden jedoch Grundstücke eingebracht, so ist notarielle Beurkundung erforderlich. (§ 311b BGB)

1.2.2 Haftungssituation vor der Eintragung in das Handelsregister (§ 176 HGB) 4
Falls die KG bereits vor Eintragung ihre Geschäftstätigkeit aufnimmt, so haftet dafür auch der Kommanditist persönlich. (unbeschränkt, unmittelbar und gesamtschuldnerisch)

Haftungssituation nach der Eintragung in das Handelsregister (§171 HGB):
Die Haftungsbeschränkung (Haftung bis zur Höhe der Einlage) des Kommanditisten gilt erst nach Eintragung ins HR.

Da der Vollhafter (Komplementär) auch mit seinem Privatvermögen haftet, entfällt für ihn die Unterscheidung. Er haftet immer unbeschränkt, unmittelbar und gesamtschuldnerisch.

1.2.3 Widerspruchsrecht (§§ 116, 164 HGB): 2
Sind bei der KG Entscheidungen zu treffen, die über den gewöhnlichen Betrieb des Handelsgewerbes der Gesellschaft hinausgehen, haben die Kommanditisten ein Widerspruchsrecht. Beispiele: Eingehen einer Beteiligung, Veräußerung und Belastung von Grundstücken.

1.2.4 Bei nicht oder nicht vollständig geleisteter Einlage haftet der Kommanditist bis zur Höhe der nicht geleisteten Einlage unmittelbar. Heinz haftet mit der nicht geleisteten Einlage in Höhe von 125.000 EUR unmittelbar und muss bezahlen. (§ 171 HGB) 3

1.3.1 Für die 18 jährige Sophie gilt das Arbeitszeitgesetz: 2
Die werktägliche Arbeitszeit darf 8 Stunden nicht überschreiten.
Ruhepausen von mindestens 30 Minuten bei einer Arbeitszeit von mehr als sechs bis zu neun Stunden und 45 Minuten bei einer Arbeitszeit von mehr als neun Stunden
(§§ 3 f. ArbZG), d. h. die Regelung ist rechtsgültig.

1.3.2 Probezeit darf höchstens 4 Monate betragen (§ 20 BBiG), d. h. die Regelung ist unzulässig. 2

1.4 Lt. § 22 BBiG darf nach der Probezeit mit einer Frist von 4 Wochen vom Auszubildenden nur gekündigt werden, wenn sie die Berufsausbildung aufgeben oder sich für eine andere Berufstätigkeit ausbilden lassen wollen oder aus wichtigem Grund, fristlos. 3

Punkte

Aufgabe 2 Geld- und Wirtschaftspolitik

2.1 Zusammensetzung: Das Direktorium besteht aus dem Präsidenten und dem Vizepräsidenten der EZB sowie vier weiteren Mitgliedern, die von den Regierungen der Mitgliedstaaten nach Anhörung des Parlaments und des EZB-Rates ernannt werden. 3

Aufgaben: Das Direktorium bereitet die Sitzungen des EZB-Rates vor, ist mit der Durchführung der Geldpolitik und der Führung der laufenden Geschäfte betraut.

2.2 Einlagezins: den ständigen Fazilitäten (Einlagefazilitäten) zuzuordnen. 4
Die Geschäftsbanken können überschüssige Liquidität bei der EZB anlegen. Die Einlagen werden mit dem Zinssatz für die Einlagefazilität (Einlagezins) verzinst. Da der Zinssatz derzeit (lt. Artikel) negativ ist, zahlen die Banken eine „Strafe", wenn sie ihr Geld bei der EZB anlegen.

Leitzins: den Offenmarktgeschäften (Hauptrefinanzierungsgeschäften) zuzuordnen.
EZB vergibt Kredite mit kurzer Laufzeit an die Geschäftsbanken. Diese Kredite werden mit dem Zinssatz für Hauptrefinanzierungsgeschäfte (Leitzins) verzinst.

2.3 Wirkungskette: 4
Refinanzierungskosten der Geschäftsbanken sinken → Kreditzinsen am Kapitalmarkt sinken → Kreditnachfrage steigt → Investition und Konsum steigen → Produktion und Beschäftigung steigen

2.4 Z. B. 2
- unter 2 %, um Risiken einer zu großen Inflation zu vermeiden
- aber nahe der 2 %, um Deflationsrisiken zu vermeiden. Eine Deflation ist wirtschaftlich betrachtet heikler als eine Inflation. Auch ist eine Deflation mit geldpolitischen Mitteln der EZB nicht bzw. nur sehr schwer zu bekämpfen.
- Ferner soll das angestrebte Wirtschaftswachstum unterstützt werden. Eine Preissteigerungsrate von 0 % würde einem bestehenden bzw. angestrebten Wirtschaftswachstum widersprechen. (mit einem Wirtschafswachstum gehen zumeist auch Preissteigerungen einher)

2.5 Z. B. 2
Institutionelle Unabhängigkeit: Die EZB und die nationalen Zentralbanken dürfen keine Weisungen von nationalen oder gemeinschaftlichen politischen Instanzen entgegennehmen. So ist es beispielsweise verboten, dass ein Staatsoberhaupt der EZB die Weisung erteilt, die erforderlichen Sicherheiten zur Inanspruchnahme eines EZB-Kredits zu senken.

2.6.1 Stetiges und angemessenes Wirtschaftswachstum. 2
Erfüllt bei einem Wachstum des realen BIP zwischen 2 - 4 %.

2.6.2 Z. B. 3
- Steuererleichterungen für Unternehmen
- Erleichterung von Existenzgründungen
- Arbeitskosten im Bereich der Lohnnebenkosten senken
- Gesetze zum Abbau von Bürokratismus erlassen

Ministerium für Kultus, Jugend und Sport
Baden-Württemberg

Baden-Württembergischer
Industrie- und Handelskammertag
Baden-Württembergischer
Handwerkstag

Schriftliche Abschlussprüfung

Sommer 2017

der

Berufsschulen und zuständigen Stelle(n)

Ausbildungsberuf	Informatikkaufmann/-kauffrau IT-Systemkaufmann/-kauffrau	(02/4)
Prüfungsfach/-bereich	Allgemeine Wirtschaftslehre/Wirtschafts- und Sozialkunde	
Prüfungszeit	60 Minuten	

Verlangt	Alle Aufgaben
Zu beachten	Sind Anlagen beigefügt, können diese abgetrennt werden.
Erlaubte Hilfsmittel	Nicht programmierbarer, netzunabhängiger Taschenrechner ohne Kommunikationsmöglichkeit mit Dritten

Punkte

Aufgabe 1 Rechtsformen der Unternehmung 20

Ausgangssituation
Der Informatikkaufmann Sven Heger hat sich nach bestandener Abschlussprüfung selbständig gemacht und das Unternehmen „IT-Service Heger e. K." gegründet. Gegenstand des Unternehmens ist die Analyse und Entwicklung von IT-Konzeptionen sowie deren Realisierung bis hin zu Betrieb und Wartung der IT-Systeme.

1.1 Sven Heger hat bis jetzt sein Unternehmen als Einzelunternehmen geführt. Die aktuelle Marktsituation erfordert ein Umdenken und Umstrukturieren. Aus diesem Grund überlegt er, ob eine Umwandlung in eine Personengesellschaft nicht sinnvoll wäre. 2
Führen Sie zwei Gründe für und zwei Gründe gegen die Umwandlung in eine Personengesellschaft auf.

1.2 Nach Beratungsgesprächen mit verschiedenen Fachleuten entscheidet er sich zu einer Umwandlung der Einzelunternehmung in eine Kommanditgesellschaft. (Anlage 1)

1.2.1 Erläutern Sie die Formvorschriften, die beim Abschluss eines Gesellschaftsvertrages für eine KG zu beachten sind. 2

1.2.2 Sven Heger kann seinen langjährigen Angestellten Joachim Heinz als Gesellschafter hinzugewinnen. Joachim Heinz wird sich als Kommanditist mit 200.000 EUR beteiligen. Unterscheiden Sie die Haftungssituation der Gesellschafter vor und nach der Eintragung in das Handelsregister. 4

1.2.3 Sind bei der KG zukünftig Entscheidungen zu treffen, hat Joachim Heinz als Kommanditist ein Widerspruchsrecht. Beschreiben Sie anhand eines Beispiels, bei welchen Entscheidungen Joachim Heinz von seinem Widerspruchsrecht Gebrauch machen kann. 2

1.2.4 Am 1. Februar 2017 wurden im Handelsregister 200.000 EUR als Haftungssumme des Kommanditisten Joachim Heinz eingetragen. Im Innenverhältnis ist vereinbart worden, dass Joachim Heinz zunächst eine Einlage in Höhe von 75.000 EUR leistet. Diese wurde am 3. April 2017 erbracht. Der Rest der Haftungssumme wird zum 1. Dezember 2017 fällig. Am 2. Mai 2017 wird Heinz von einem Lieferanten des Unternehmens aufgefordert, eine fällige Rechnung über 100.000 EUR zu bezahlen. Begründen Sie, ob Heinz der Forderung nachkommen muss. 3

1.3 Das Unternehmen stellt die 18-jährige Auszubildende Sophie Kleinmann ein. Sie beginnt im September 2017 ihre Ausbildung zur IT-Systemkauffrau. Für das Unternehmen gelten keine Tarifverträge oder Betriebsvereinbarungen. Beurteilen Sie die nachfolgenden Regelungen im Ausbildungsvertrag unter rechtlichen Gesichtspunkten. (Anlage 1)

1.3.1 Die regelmäßige Arbeitszeit beträgt 40 Stunden/Woche. Der Anspruch auf Ruhepausen beträgt 45 Minuten pro Tag. 2

1.3.2 Das Berufsausbildungsverhältnis wird auf bestimmte Zeit geschlossen. Die ersten 6 Monate gelten als Probezeit. 2

1.4 Sophie Kleinmann ist mit der betrieblichen Ausbildung unzufrieden und möchte nach der Probezeit kündigen. Erläutern Sie, unter welchen Voraussetzungen sie das Ausbildungsverhältnis beenden kann. (Anlage 1) 3

		Punkte
Aufgabe 2	**Geld- und Wirtschaftspolitik**	**20**

Am 10. März 2016 wurden in der Sitzung des EZB-Rates verschiedene geldpolitische Beschlüsse gefasst. (Anlage 2)

2.1	Neben dem EZB-Rat stellt das Direktorium ein weiteres Organ der EZB dar. Erklären Sie dessen Zusammensetzung und beschreiben Sie zwei Aufgaben des Direktoriums.	3
2.2	Erläutern Sie die im Artikel angesprochenen geldpolitischen Instrumente der EZB.	4
2.3	Erklären Sie die beabsichtigte Wirkung einer Zinssenkung auf die Gütermärkte in vier Schritten.	4
2.4	Begründen Sie das beschriebene Zielausmaß von „knapp zwei Prozent", das für die Geldwertstabilität festgelegt wurde.	2
2.5	Erläutern Sie an einem Beispiel wie die Unabhängigkeit der Europäischen Zentralbank gewährleistet wird.	2
2.6	Neben der Geldpolitik der EZB werden auch von Seiten des Staates Maßnahmen ergriffen, um das Wirtschaftsgeschehen zu beeinflussen. Eine wichtige Orientierungsgröße stellt in diesem Zusammenhang das Bruttoinlandsprodukt (BIP) dar.	
2.6.1	Beschreiben Sie das wirtschaftspolitische Ziel zu dessen Messung die Entwicklung des BIP herangezogen wird und geben Sie an, wann das Ziel als erfüllt gilt.	2
2.6.2	Formulieren Sie drei Maßnahmen der angebotsorientierten Wirtschaftspolitik, die der Staat veranlassen könnte, um das Bruttoinlandsprodukt weiter zu steigern.	3

Anlage 1

Auszug aus dem Handelsgesetzbuch

§ 15
(1) Solange eine in das Handelsregister einzutragende Tatsache nicht eingetragen und bekanntgemacht ist, kann sie von demjenigen, in dessen Angelegenheiten sie einzutragen war, einem Dritten nicht entgegengesetzt werden, es sei denn, daß sie diesem bekannt war.
(2) Ist die Tatsache eingetragen und bekanntgemacht worden, so muß ein Dritter sie gegen sich gelten lassen. Dies gilt nicht bei Rechtshandlungen, die innerhalb von fünfzehn Tagen nach der Bekanntmachung vorgenommen werden, sofern der Dritte beweist, daß er die Tatsache weder kannte noch kennen mußte.
(3) Ist eine einzutragende Tatsache unrichtig bekanntgemacht, so kann sich ein Dritter demjenigen gegenüber, in dessen Angelegenheiten die Tatsache einzutragen war, auf die bekanntgemachte Tatsache berufen, es sei denn, daß er die Unrichtigkeit kannte.
(4) Für den Geschäftsverkehr mit einer in das Handelsregister eingetragenen Zweigniederlassung eines Unternehmens mit Sitz oder Hauptniederlassung im Ausland ist im Sinne dieser Vorschriften die Eintragung und Bekanntmachung durch das Gericht der Zweigniederlassung entscheidend.

§ 106
(1) Die Gesellschaft ist bei dem Gericht, in dessen Bezirk sie ihren Sitz hat, zur Eintragung in das Handelsregister anzumelden.
(2) Die Anmeldung hat zu enthalten:
1. den Namen, Vornamen, Geburtsdatum und Wohnort jedes Gesellschafters;
2. die Firma der Gesellschaft, den Ort, an dem sie ihren Sitz hat, und die inländische Geschäftsanschrift;
3. (weggefallen)
4. die Vertretungsmacht der Gesellschafter.

§ 116
(1) Die Befugnis zur Geschäftsführung erstreckt sich auf alle Handlungen, die der gewöhnliche Betrieb des Handelsgewerbes der Gesellschaft mit sich bringt.
(2) Zur Vornahme von Handlungen, die darüber hinausgehen, ist ein Beschluß sämtlicher Gesellschafter erforderlich.
(3) Zur Bestellung eines Prokuristen bedarf es der Zustimmung aller geschäftsführenden Gesellschafter, es sei denn, daß Gefahr im Verzug ist. Der Widerruf der Prokura kann von jedem der zur Erteilung oder zur Mitwirkung bei der Erteilung befugten Gesellschafter erfolgen.

§ 161
(1) Eine Gesellschaft, deren Zweck auf den Betrieb eines Handelsgewerbes unter gemeinschaftlicher Firma gerichtet ist, ist eine Kommanditgesellschaft, wenn bei einem oder bei einigen von den Gesellschaftern die Haftung gegenüber den Gesellschaftsgläubigern auf den Betrag einer bestimmten Vermögenseinlage beschränkt ist (Kommanditisten), während bei dem anderen Teile der Gesellschafter eine Beschränkung der Haftung nicht stattfindet (persönlich haftende Gesellschafter).
(2) Soweit nicht in diesem Abschnitt ein anderes vorgeschrieben ist, finden auf die Kommanditgesellschaft die für die offene Handelsgesellschaft geltenden Vorschriften Anwendung.

§ 162
(1) Die Anmeldung der Gesellschaft hat außer den in § 106 Abs. 2 vorgesehenen Angaben die Bezeichnung der Kommanditisten und den Betrag der Einlage eines jeden von ihnen zu enthalten. Ist eine Gesellschaft bürgerlichen Rechts Kommanditist, so sind auch deren Gesellschafter entsprechend § 106 Abs. 2 und spätere Änderungen in der Zusammensetzung der Gesellschafter zur Eintragung anzumelden.
(2) Bei der Bekanntmachung der Eintragung der Gesellschaft sind keine Angaben zu den Kommanditisten zu machen; die Vorschriften des § 15 sind insoweit nicht anzuwenden.
(3) Diese Vorschriften finden im Falle des Eintritts eines Kommanditisten in eine bestehende Handelsgesellschaft und im Falle des Ausscheidens eines Kommanditisten aus einer Kommanditgesellschaft entsprechende Anwendung.

§ 164
Die Kommanditisten sind von der Führung der Geschäfte der Gesellschaft ausgeschlossen; sie können einer Handlung der persönlich haftenden Gesellschafter nicht widersprechen, es sei denn, daß die Handlung über den gewöhnlichen Betrieb des Handelsgewerbes der Gesellschaft hinausgeht. Die Vorschriften des § 116 Abs. 3 bleiben unberührt.

§ 170
Der Kommanditist ist zur Vertretung der Gesellschaft nicht ermächtigt.

§ 171
(1) Der Kommanditist haftet den Gläubigern der Gesellschaft bis zur Höhe seiner Einlage unmittelbar; die Haftung ist ausgeschlossen, soweit die Einlage geleistet ist.
(2) Ist über das Vermögen der Gesellschaft das Insolvenzverfahren eröffnet, so wird während der Dauer des Verfahrens das den Gesellschaftsgläubigern nach Absatz 1 zustehende Recht durch den Insolvenzverwalter oder den Sachwalter ausgeübt.

§ 172
(1) Im Verhältnis zu den Gläubigern der Gesellschaft wird nach der Eintragung in das Handelsregister die Einlage eines Kommanditisten durch den in der Eintragung angegebenen Betrag bestimmt.
(2) Auf eine nicht eingetragene Erhöhung der aus dem Handelsregister ersichtlichen Einlage können sich die Gläubiger nur berufen, wenn die Erhöhung in handelsüblicher Weise kundgemacht oder ihnen in anderer Weise von der Gesellschaft mitgeteilt worden ist.
(3) Eine Vereinbarung der Gesellschafter, durch die einem Kommanditisten die Einlage erlassen oder gestundet wird, ist den Gläubigern gegenüber unwirksam.

§ 173
(1) Wer in eine bestehende Handelsgesellschaft als Kommanditist eintritt, haftet nach Maßgabe der §§ 171 und 172 für die vor seinem Eintritt begründeten Verbindlichkeiten der Gesellschaft, ohne Unterschied, ob die Firma eine Änderung erleidet oder nicht.
(2) Eine entgegenstehende Vereinbarung ist Dritten gegenüber unwirksam.

§ 176
(1) Hat die Gesellschaft ihre Geschäfte begonnen, bevor sie in das Handelsregister des Gerichts, in dessen Bezirk sie ihren Sitz hat, eingetragen ist, so haftet jeder Kommanditist, der dem Geschäftsbeginn zugestimmt hat, für die bis zur Eintragung begründeten Verbindlichkeiten der Gesellschaft gleich einem persönlich haftenden Gesellschafter, es sei denn, daß seine Beteiligung als Kommanditist dem Gläubiger bekannt war. Diese Vorschrift kommt nicht zur Anwendung, soweit sich aus § 2 oder § 105 Abs. 2 ein anderes ergibt.
(2) Tritt ein Kommanditist in eine bestehende Handelsgesellschaft ein, so findet die Vorschrift des Absatzes 1 Satz 1 für die in der Zeit zwischen seinem Eintritt und dessen Eintragung in das Handelsregister begründeten Verbindlichkeiten der Gesellschaft entsprechende Anwendung.

Auszug aus dem Arbeitszeitgesetz

§ 3 Arbeitszeit der Arbeitnehmer
Die werktägliche Arbeitszeit der Arbeitnehmer darf acht Stunden nicht überschreiten. Sie kann auf bis zu zehn Stunden nur verlängert werden, wenn innerhalb von sechs Kalendermonaten oder innerhalb von 24 Wochen im Durchschnitt acht Stunden werktäglich nicht überschritten werden.
Nichtamtliches Inhaltsverzeichnis

§ 4 Ruhepausen
Die Arbeit ist durch im voraus feststehende Ruhepausen von mindestens 30 Minuten bei einer Arbeitszeit von mehr als sechs bis zu neun Stunden und 45 Minuten bei einer Arbeitszeit von mehr als neun Stunden insgesamt zu unterbrechen. Die Ruhepausen nach Satz 1 können in Zeitabschnitte von jeweils mindestens 15 Minuten aufgeteilt werden. Länger als sechs Stunden hintereinander dürfen Arbeitnehmer nicht ohne Ruhepause beschäftigt werden.

Auszug aus dem Jugendarbeitsschutzgesetz

§ 11 Ruhepausen, Aufenthaltsräume
(1) Jugendlichen müssen im Voraus feststehende Ruhepausen von angemessener Dauer gewährt werden. Die Ruhepausen müssen mindestens betragen
1. 30 Minuten bei einer Arbeitszeit von mehr als viereinhalb bis zu sechs Stunden,
2. 60 Minuten bei einer Arbeitszeit von mehr als sechs Stunden.
Als Ruhepause gilt nur eine Arbeitsunterbrechung von mindestens 15 Minuten.
(2) Die Ruhepausen müssen in angemessener zeitlicher Lage gewährt werden, frühestens eine Stunde nach Beginn und spätestens eine Stunde vor Ende der Arbeitszeit. Länger als viereinhalb Stunden hintereinander dürfen Jugendliche nicht ohne Ruhepause beschäftigt werden.
(3) Der Aufenthalt während der Ruhepausen in Arbeitsräumen darf den Jugendlichen nur gestattet werden, wenn die Arbeit in diesen Räumen während dieser Zeit eingestellt ist und auch sonst die notwendige Erholung nicht beeinträchtigt wird.
(4) Absatz 3 gilt nicht für den Bergbau unter Tage.

Auszug aus dem Bürgerlichen Gesetzbuch

§ 311b Verträge über Grundstücke, das Vermögen und den Nachlass
(1) Ein Vertrag, durch den sich der eine Teil verpflichtet, das Eigentum an einem Grundstück zu übertragen oder zu erwerben, bedarf der notariellen Beurkundung. Ein ohne Beachtung dieser Form geschlossener Vertrag wird seinem ganzen Inhalt nach gültig, wenn die Auflassung und die Eintragung in das Grundbuch erfolgen.
(2) Ein Vertrag, durch den sich der eine Teil verpflichtet, sein künftiges Vermögen oder einen Bruchteil seines künftigen Vermögens zu übertragen oder mit einem Nießbrauch zu belasten, ist nichtig.
(3) Ein Vertrag, durch den sich der eine Teil verpflichtet, sein gegenwärtiges Vermögen oder einen Bruchteil seines gegenwärtigen Vermögens zu übertragen oder mit einem Nießbrauch zu belasten, bedarf der notariellen Beurkundung.
(4) Ein Vertrag über den Nachlass eines noch lebenden Dritten ist nichtig. Das Gleiche gilt von einem Vertrag über den Pflichtteil oder ein Vermächtnis aus dem Nachlass eines noch lebenden Dritten.
(5) Absatz 4 gilt nicht für einen Vertrag, der unter künftigen gesetzlichen Erben über den gesetzlichen Erbteil oder den Pflichtteil eines von ihnen geschlossen wird. Ein solcher Vertrag bedarf der notariellen Beurkundung.

§ 622 Kündigungsfristen bei Arbeitsverhältnissen
(1) Das Arbeitsverhältnis eines Arbeiters oder eines Angestellten (Arbeitnehmers) kann mit einer Frist von vier Wochen zum Fünfzehnten oder zum Ende eines Kalendermonats gekündigt werden.
(2) Für eine Kündigung durch den Arbeitgeber beträgt die Kündigungsfrist, wenn das Arbeitsverhältnis in dem Betrieb oder Unternehmen
1. zwei Jahre bestanden hat, einen Monat zum Ende eines Kalendermonats,
2. fünf Jahre bestanden hat, zwei Monate zum Ende eines Kalendermonats,
3. acht Jahre bestanden hat, drei Monate zum Ende eines Kalendermonats,
4. zehn Jahre bestanden hat, vier Monate zum Ende eines Kalendermonats,
5. zwölf Jahre bestanden hat, fünf Monate zum Ende eines Kalendermonats,
6. 15 Jahre bestanden hat, sechs Monate zum Ende eines Kalendermonats,
7. 20 Jahre bestanden hat, sieben Monate zum Ende eines Kalendermonats.

Bei der Berechnung der Beschäftigungsdauer werden Zeiten, die vor der Vollendung des 25. Lebensjahrs des Arbeitnehmers liegen, nicht berücksichtigt.
(3) Während einer vereinbarten Probezeit, längstens für die Dauer von sechs Monaten, kann das Arbeitsverhältnis mit einer Frist von zwei Wochen gekündigt werden.
(4) Von den Absätzen 1 bis 3 abweichende Regelungen können durch Tarifvertrag vereinbart werden. Im Geltungsbereich eines solchen Tarifvertrags gelten die abweichenden tarifvertraglichen Bestimmungen zwischen nicht tarifgebundenen Arbeitgebern und Arbeitnehmern, wenn ihre Anwendung zwischen ihnen vereinbart ist.
(5) Einzelvertraglich kann eine kürzere als die in Absatz 1 genannte Kündigungsfrist nur vereinbart werden,
1. wenn ein Arbeitnehmer zur vorübergehenden Aushilfe eingestellt ist; dies gilt nicht, wenn das Arbeitsverhältnis über die Zeit von drei Monaten hinaus fortgesetzt wird;
2. wenn der Arbeitgeber in der Regel nicht mehr als 20 Arbeitnehmer ausschließlich der zu ihrer Berufsbildung Beschäftigten beschäftigt und die Kündigungsfrist vier Wochen nicht unterschreitet.

Bei der Feststellung der Zahl der beschäftigten Arbeitnehmer sind teilzeitbeschäftigte Arbeitnehmer mit einer regelmäßigen wöchentlichen Arbeitszeit von nicht mehr als 20 Stunden mit 0,5 und nicht mehr als 30 Stunden mit 0,75 zu berücksichtigen. Die einzelvertragliche Vereinbarung längerer als der in den Absätzen 1 bis 3 genannten Kündigungsfristen bleibt hiervon unberührt.
(6) Für die Kündigung des Arbeitsverhältnisses durch den Arbeitnehmer darf keine längere Frist vereinbart werden als für die Kündigung durch den Arbeitgeber.

Auszug aus dem Berufsbildungsgesetz

§ 20 Probezeit
Das Berufsausbildungsverhältnis beginnt mit der Probezeit. Sie muss mindestens einen Monat und darf höchstens vier Monate betragen.

§ 22 Kündigung
(1) Während der Probezeit kann das Berufsausbildungsverhältnis jederzeit ohne Einhalten einer Kündigungsfrist gekündigt werden.
(2) Nach der Probezeit kann das Berufsausbildungsverhältnis nur gekündigt werden
1. aus einem wichtigen Grund ohne Einhalten einer Kündigungsfrist,
2. von Auszubildenden mit einer Kündigungsfrist von vier Wochen, wenn sie die Berufsausbildung aufgeben oder sich für eine andere Berufstätigkeit ausbilden lassen wollen.

Anlage 2

Eurozone: EZB senkt Leitzins auf null Prozent

Die Europäische Zentralbank hat den Leitzins erstmals auf null Prozent gesenkt. (...)

Im Kampf gegen sinkende Preise hat die Europäische Zentralbank (EZB) ihren Kurs drastisch verschärft. Wie die Notenbank am Donnerstag nach einer Sitzung des EZB-Rats mitteilte, will sie mit einem ganzen Bündel von Maßnahmen die Kreditvergabe der Banken ankurbeln:

- Der Leitzins (...) sinkt überraschend von bisher 0,05 auf 0,00 Prozent.
- Der Einlagenzins (...) sinkt von -0,3 auf -0,4 Prozent. (...)

(...)
Damit geht der EZB-Rat um Notenbankchef Mario Draghi deutlich weiter, als von den meisten Experten erwartet. Entsprechend begeistert reagierten die Anleger an den Aktienmärkten. Der deutsche Leitindex Dax sprang unmittelbar nach Bekanntgabe des Aktionspakets um mehr als zwei Prozent nach oben.
(...)
Zuletzt waren die Verbraucherpreise in der Eurozone gefallen - im Februar lagen sie 0,2 Prozent unter dem Vorjahreswert. Ein Grund dafür war der gesunkene Ölpreis. Doch selbst wenn man Energie- und Lebensmittel rausrechnet, lag die sogenannte Kerninflation bei gerade mal 0,7 Prozent. Das ist weit von den knapp zwei Prozent entfernt, die sich die EZB selbst als Ziel gesetzt hat.

Artikel vom Donnerstag, 10.03.2016
http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/europaeische-zentralbank-senkt-leitzins-auf-null-prozent-a-1081630.html